

Kreative Anreize sind besser als moralischer Furor



Von [BZ-Redaktion](#)
Sa, 27. August 2022
[Kommentare](#) | 6 

BZ-Plus | BZ-GASTBEITRAG: Klaus Leisinger zweifelt am Sinn der Sanktionen gegen Russland und schlägt Alternativen vor.

Als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine beschlossen die EU und die USA Wirtschaftssanktionen und gezielte Maßnahmen gegen Einzelpersonen sowie diplomatische Aktionen. Das Ziel sei, so die EU und andere, dafür zu sorgen, dass Russlands Handlungen schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen und die Möglichkeiten zur Fortsetzung der Aggression vereitelt werden.

Ist das realistisch? Einer der offiziell nie artikulierten Hintergedanken von Wirtschaftssanktionen ist, dass durch sie eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen für eine Mehrzahl der Bevölkerung bewirkt werde, so dass es zu Aufständen und letztlich zum Regimewechsel komme. Eine solche Erwartung mag in demokratisch geführten Ländern realistisch sein, da ein Regierungswechsel durch Wahlen stattfinden kann. Die Erfahrungen in Syrien, Nordkorea, Iran oder Venezuela zeigen jedoch, dass dort, wo Führungscliquen auf das Wohlergehen ihrer Bevölkerungen keine Rücksicht nehmen, die Hoffnung auf Regimewechsel wirklichkeitsfremd ist.

Die brutale Unterdrückung öffentlichen Protests, wie etwa in Russland und Weißrussland, ist die wahrscheinlichere Variante. Auch die Annahme, Sanktionen gegen Angehörige der herrschenden Schichten würden diese in die Knie quälen, ist Wunschdenken: Alles kann über die Auslandsbotschaften im Diplomatengepäck zur Freude der Despoten heimgebracht werden. Hinzu kommt, dass Knappheit bei Alltagsgütern autoritären Regimen erlauben, ihre Klientel zu bevorzugen und damit Loyalität zu kaufen. Schließlich können Boykotte auch über Drittländer, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen, umgangen werden. Sekundärsanktionen gegen Länder wie China oder Indien wären jedoch eine Eskalation mit unberechenbaren politischen und wirtschaftlichen Folgewirkungen.

Bei rationaler Güterabwägung ist in Rechnung zu stellen, dass auch auf der sanktionierenden Seite Schäden entstehen, die den eigenen Bevölkerungen ungefragt als Preis für moralisch begründete Solidarität zugemutet werden. Wie lange demokratische Mehrheiten für edelmütiges Verzicht aufrechterhalten werden können, hängt letztlich vom zu zahlenden Preis ab. Dieser kann angesichts der langen Zeit, bis Sanktionen ihre Wirkung entfalten, hoch sein. Wenn, wie jetzt beim Gas, wegen sanktionsbedingter Verteuerungen wichtiger Ressourcen Despoten mit reduzierten Exportmengen höhere Einkommen erzielen, erodiert die Opferbereitschaft.

Und nun? Unstrittig ist, dass man potentiellen Aggressoren keine Waffen und waffenfähige Dualgüter verkaufen sollte. Unstrittig sind auch alle Interventionen, die es Despoten verunmöglichen, illegal und illegitim erworbene Reichtümer zu waschen. Schließlich ist die konsequente Anwendung aller Möglichkeiten der internationalen Gerichtsbarkeit inklusive des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag erforderlich – Despoten sollten nicht die Möglichkeit haben, ihren Lebensabend gemütlich im Ausland zu verbringen.

All dies gilt auch für Friedenszeiten, dafür braucht es keinen Krieg. Diese Argumente sprechen nicht gegen Boykotte und Sanktionen an sich. Zielgerichtete, mit messbaren Zwischenerfolgen belegbare Beschränkungen, die ein Austrocknen militärischer Ressourcen zur Folge haben, sind zielführend. Insbesondere Spitzentechnologien wie Halbleiter, Elektronik und Software, Drohnen und Technologien der Luft- und Raumfahrt – ob militärisch nutzbar oder nicht – sowie alles, was Aggressionspotentiale unterstützt, müssen daher Bestandteil von kontrollierten Lieferverboten sein. Im Hightech-Bereich kann nicht auf andere Länder ausgewichen werden. Dass heute westliche Halbleiter die Zielgenauigkeit russischer Waffensysteme und Effektivität von Aufklärungsdrohnen verbessern, grenzt an Komplizenschaft. Oligarchen ärgern, indem man ihnen Jachten wegnimmt, mag schadenfreudige Geister befriedigen – den Krieg beenden sie nicht. Russische Künstler wegen ihrer vermeintlichen Nähe zu Putin zu boykottieren, ist lächerlich. Einmal mehr sind Rachegefühle und moralischer Furor schlechte Ratgeber für zielführendes politisches und wirtschaftliches Handeln. Letztlich gehören zu erfolgreichen Friedensbemühungen auch kreative Anreizpakete, die einen Politikwechsel auch ohne Regimewechsel attraktiver erscheinen lassen als die Fortsetzung einer womöglich eskalierenden Aggression mit unkalkulierbaren Folgen.